

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kanfer, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinhilber, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16. Am Röllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 80 Pfg.  
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 80 Pfg.  
Veranstaltungsanzeigen 15 Pfg.

## Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Im gegenwärtigen Augenblick, wo es fast gar keine Arbeitslosigkeit gibt, dagegen an vielen Stellen ein fühlbarer Mangel an Arbeitskräften besteht, könnte der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit als unzeitgemäß erscheinen. Es bedarf aber nur geringer Ueberlegung, um sich darüber klar zu werden, daß mit der Wiederkehr des Friedens die Lage auf dem Arbeitsmarkt eine durchgreifende Aenderung erfahren wird. Wo jetzt Mangel an Arbeitskräften besteht, wird, wenn die Massen aus dem Felde zurückfluten, ein Ueberangebot von Arbeitern zu verzeichnen sein. Dabei wird es der Industrie in der ersten Zeit nach dem Kriege an Rohstoffen mangeln. Aber selbst wo ein solcher Mangel weniger fühlbar sein wird, und wo zur rechten Zeit genügende Arbeitsaufträge vorliegen werden, wird sich eine Stokung von kürzerer oder längerer Dauer nicht vermeiden lassen.

Die Schnelligkeit ist gerühmt worden, mit welcher die Umschaltung der Industrie vom Friedensstand zur Kriegswirtschaft vollzogen wurde. Obwohl damals diese Umschaltung durch die Einberufung gewaltiger Arbeitermassen zum Heeresdienst erleichtert wurde, haben die Zurückgebliebenen die Uebergangszeit sehr schmerzhaft empfunden. Es war erst eine lange, opferreiche Zeit der Arbeitslosigkeit zu überwinden, während welcher immer neue Arbeitermassen zur Fahne berufen wurden, ehe ein leidlicher Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt erzielt war. Die Zurückführung des Wirtschaftslebens auf den Friedensstand wird sich unter viel schwierigeren Umständen vollziehen. Zu dem bereits ange deuteten Ueberangebot an Arbeitskräften bei gleichzeitigem Mangel an Rohstoffen kommt als erschwerendes Moment die ungeheure Verteuerung der Lebensmittel. Der deutschen Arbeiterschaft stehen noch schwere Zeiten bevor. Wir erwarten mit Sehnsucht die Wiederkehr des Friedens und wollen zu unserem Teil dazu beitragen, daß er recht bald kommt. Aber wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß wir, ehe wir uns der Segnungen des Friedens voll erfreuen können, erst das Fegefeuer der Uebergangszeit überstehen müssen. Wie lange diese Zeit dauern wird, und was wir in ihr erdulden werden, das läßt sich im voraus nicht übersehen.

Wenn auch die an das Friedensangebot der Mittelmächte geknüpften Erwartungen auf eine schnelle Beendigung des Krieges durch die Haltung der feindlichen Regierungen stark herabgestimmt sind, so wollen wir doch die Hoffnung, den Frieden noch in diesem Jahre zu begrüßen, nicht aufgeben. Jedenfalls müssen alle erforderlichen Vorbereitungen getroffen werden, damit unser Wirtschaftsleben nicht, wie seinerzeit durch den Ausbruch des Krieges, über kurz oder lang durch die Wiederkehr des Friedens überrascht wird. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß man auch an den zuständigen Regierungsstellen an die Zeit denkt, die unmittelbar auf die Einstellung der Feindseligkeiten folgt, und daß auf den verschiedensten Gebieten Vorbereitungen getroffen werden, um die größten Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen.

Die Einsetzung des Reichskommissars für die Uebergangswirtschaft kann als Beweis dafür gelten, daß die Reichsregierung die Dinge nicht untätig an sich heran kommen läßt. Aber die dem Reichskommissar für Uebergangswirtschaft zugewiesene Aufgabe ist beschränkt. Die Versorgung der Industrie mit den dringendsten Rohstoffen für die ersten Monate nach Friedensschluß soll er sicherstellen, und unter diesem Gesichtspunkt wurde der ihm beigegebene Beirat ausgewählt. Arbeitervertreter hat man aus diesem Beirat ferngehalten. Es kann natürlich nicht bestritten werden, daß die rechtzeitige Beschaffung von Rohstoffen für die Industrie von ungeheurer Wichtigkeit ist. Es wäre aber sehr kurzfristig, wollte man sich etwa auf den Standpunkt stellen, die Arbeiterfrage sei für die Uebergangswirtschaft minder wichtig, weil durch die Entlassung der Kriegsteilnehmer der Arbeiterbedarf mehr als ausreichend gedeckt werde.

Auf die gewaltige Bedeutung der Arbeiterfrage in der Uebergangswirtschaft hingewiesen zu haben, ist das Verdienst der Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. In einer Anfang Januar an den Reichskanzler gerichteten Eingabe betont sie die Notwendigkeit eines frühzeitigen und einheitlichen Vorgehens, wobei eine baldige Verständigung zwischen den in Betracht kommenden oberen Reichsbehörden erforderlich ist. Um eine zweckmäßige Entlassung und Unterbringung der Kriegsteilnehmer zu gewährleisten und unter den während des Krieges herangezogenen Arbeitskräften größere Arbeitslosigkeit zu vermeiden oder zu mildern, werden einige Vorschläge gemacht. In erster Linie wird die Entlassung der Kriegsteilnehmer nach dem letzten Beschäftigungsort empfohlen oder nach einem anderen Ort, falls dem Entlassenen in diesem Ort Beschäftigung nachgewiesen ist. Bei der Reihenfolge der Entlassungen soll auf die Bedürfnisse des Wirtschaftslebens weitgehende Rücksicht genommen werden. Zunächst wären die Angehörigen der Landwirtschaft und derjenigen Industrie zu berücksichtigen, die nach dem Plan der Uebergangswirtschaft in erster Linie ihre Tätigkeit aufnehmen sollen und können. Weiter sollen solche Personen vorweg entlassen werden, die eine sofortige

Beschäftigung nachweisen können, oder die für die Inangasetzung eines Betriebes zunächst erforderlich sind; also selbständige Gewerbetreibende, Betriebsleiter, Betriebsbeamte, Vor- und Facharbeiter usw., wobei Verheiratete vor den Ledigen zu bevorzugen sind.

Um die Innehaltung der von den Arbeitgebern ganz allgemein eingegangenen Verpflichtung, die vor Kriegsausbruch bei ihnen beschäftigten Kriegsteilnehmer wieder einzustellen, möglichst zu fördern, müssen die öffentlichen Betriebe mit gutem Beispiel vorangehen. Allerdings wird in sehr vielen Fällen eine Unterbringung der Kriegsteilnehmer nicht erfolgen können, deshalb muß der größte Wert auf die zweckmäßige Organisation des Arbeitsnachweises gelegt werden. Es muß ein lückenloses, gut eingerichtetes Netz von Arbeitsnachweisen in ganz Deutschland vorhanden sein.

Die Eingabe verweist auf die Bundesratsverordnung vom 14. Juni 1916, durch welche der Ausbau des Arbeitsnachweises in die Wege geleitet ist. Wir können in dieser Bundesratsverordnung allerdings nur einen sehr bescheidenen Schritt auf dem Wege erkennen, auf welchen die Regierung zu drängen, die Gewerkschaften sich schon lange eifrig bemühen. Die erwähnte Bundesratsverordnung gibt lediglich den Landeszentralbehörden die Ermächtigung, die Gemeinden zu verpflichten, öffentliche unparteiische Arbeitsnachweise zu errichten und auszubauen und Anordnungen über die Einrichtung und den Betrieb solcher Arbeitsnachweise zu treffen. Den Wünschen der Arbeiter nach paritätischen Arbeitsnachweisen trägt die Bundesratsverordnung keine Rechnung. Ueberhaupt ist es mit Arbeitsnachweisen allein noch nicht getan, sie müssen auch so ausgestaltet sein, daß die Arbeiter Vertrauen zu ihnen haben können. Doch ist das ein Kapitel für sich, auf welches wir hier nicht näher eingehen können.

Die erwähnte Eingabe an den Reichskanzler bezeichnet die Durchführung der Bundesratsverordnung in Bayern als besonders zweckmäßig. Dort ist am 14. September 1916 angeordnet worden, daß in allen Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern hauptamtlich geleitete, öffentliche Arbeitsnachweise einzurichten sind. Eine ähnliche Verordnung scheint übrigens in neuerer Zeit auch für Preußen erlassen zu sein. Der Plan, in Berlin in einen städtischen Arbeitsnachweis zu errichten an Stelle des Zentralvereins für Arbeitsnachweis, dessen Kosten bisher schon überwiegend von der Stadt getragen wurden, dürfte zur Ausführung dieser Verordnung gehören.

Der Ausbau der Arbeitsvermittlung steht für die Organisation der Uebergangswirtschaft mit an erster Stelle. Die örtlichen Arbeitsnachweise müssen in ständiger Verbindung miteinander stehen. Es müssen, wie die Eingabe verlangt, örtliche oder bezirkliche Zentral-Auskunfts- und Ausgleichstellen geschaffen werden, welche das Zusammenarbeiten aller im Ort oder Bezirk befindlichen Arbeitsnachweise miteinander verbürgen. Den Arbeitsnachweisen sind Erleichterungen im Post-, Telegramm- und Fernsprechverkehr zu gewähren, und ihnen ist die Befugnis zu erteilen, Kriegsteilnehmern Freifahrtscheine zur Arbeitsstelle auszustellen. Sehr zutreffend weist die Eingabe darauf hin, daß besonders auf dem Gebiet des Arbeitsnachweises rechtzeitig einsetzende Maßnahmen erforderlich sind, da derartige Einrichtungen nur allmählich entwickelt werden können und bei Friedensschluß völlig eingearbeitet sein müssen, um dann nicht zu versagen.

Um die Versorgung der Landwirtschaft mit den erforderlichen Arbeitskräften zu erleichtern, wird eine energische Förderung der ländlichen Siedelung und die Schaffung von Mietwohnungen für Landarbeiter gefordert. Für die weiter geforderte Schaffung eines freien Rechtsverhältnisses der ländlichen Arbeiter scheint an den maßgebenden Stellen noch nicht viel Reizung vorhanden zu sein. Den Herren wird wohl erst das Feuer auf den Nägeln brennen müssen, ehe sie sich entschließen, die Landarbeiter aus der Sklaverei der Gesindeordnung und der zu ihrem Nachteil aufrechterhaltenen sonstigen Sondergesetze zu entlassen.

Mit dem Verlangen nach Bereitstellung öffentlicher Arbeiten in möglichst großem Umfang unterstützt die Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einen Gedanken, der insbesondere auch von unserem Deutschen Holzarbeiter-Verband schon seit längerer Zeit vertreten wird, und für den wir im Verein mit dem Arbeitgeber-Schutzverband eine eifrige Propaganda bei allen in Betracht kommenden Behörden entfaltet haben. Viel Gegenliebe haben wir dabei nicht gefunden. Auch in der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß solche Maßnahmen rechtzeitig von langer Hand vorbereitet werden müssen. Hoffentlich zeitigt die Anregung von dieser Seite mehr Erfolg. Zur Beschränkung der Arbeitslosigkeit der Arbeiterinnen wird die Vergabung von Aufträgen für Heimarbeit direkt von den öffentlichen Körperschaften an die Heimarbeiter empfohlen, wobei die Arbeitsverhältnisse der Heimarbeiter durch Tarifverträge zu regeln sind. Die Heimarbeit sollte aber grundsätzlich und in erster Linie den Frauen zugänglich gemacht werden, die überhaupt oder zeitweilig nicht in anderen Gewerben untergebracht werden können.

Die Eingabe verlangt weiter eine Beschränkung der Einführung ausländischer Arbeitskräfte, die nur bei vorhandenem Bedürfnis zulässig und von einem Gutachten abhängig sein soll, das von den Zentralauskunftsstellen für den Arbeitsnachweis nach Anhörung der Arbeitgeber- und der Arbeiterverbände zu erstatten ist. Schließlich wird als letztes Glied der für die Entlassung der Kriegsteilnehmer vorzubereitenden Maßnahmen die Arbeitslosenunterstützung genannt, die aber erst nach Erschöpfung aller übrigen Möglichkeiten eintreten darf. An die Familien der Kriegsteilnehmer wird die Fortgewährung der Familienunterstützung noch einen vollen Monat nach der Entlassung des Versorgers aus dem Heeresdienst empfohlen.

Das ist ein Programm für die Ueberführung der Kriegsteilnehmer in die Friedenswirtschaft, mit dem man sich im allgemeinen einverstanden erklären kann, ohne sich mit jedem einzelnen Punkt völlig zu identifizieren. Der Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann man es als Verdienst anrechnen, daß sie die Aufmerksamkeit der maßgebenden Stellen auf die in Betracht kommenden Gesichtspunkte gelenkt hat. Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, wollten wir uns für die Wiederkehr des Friedens rosiggen Hoffnungen hingeben. Wenn die Friedensglocken läuten, wird für die Arbeiterschaft eine neue Zeit schwerer Not beginnen, von der wir nur wünschen können, daß sie recht bald überwunden werde. Um das zu erreichen, kann gar nicht früh genug mit der Vorbereitung zur Ueberleitung von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft begonnen werden. Diese Vorbereitungen dürfen sich nicht auf die Beschaffung von Rohstoffen beschränken. Die Arbeiterschaft ist der wichtigste Posten in unserer Volkswirtschaft, sie gesund und leistungsfähig zu erhalten, muß die vornehmste Aufgabe unserer Staatsmänner sein.

## Sicherung der Lebensmittelversorgung.

Unsere Lebensmittelvorräte sind knapp, sie werden aber ausreichen, wenn alles im Lande vorhandene erfasst und in gerechter Weise verteilt wird. Bedenklich scheint es um die Kartoffeln zu stehen. In einem Erlaß an die Landräte sagt der preussische Minister des Innern, daß unsere Kartoffelvorräte vermutlich nicht ausreichen werden. Infolge des Frostes konnten in der letzten Zeit keine Kartoffeln verhandelt werden; die als Ertrag ausgegebenen Mehlmengen haben die Getreidevorräte aufs äußerste angepannt. Voraussichtlich werden die Kartoffelvorräte gewisse Zeit vor Einbringung der neuen Ernte endgültig erschöpft sein, so daß auch dann wieder mit Brotgetreide geholfen werden muß. Deshalb darf kein Brotgetreide verfüttert werden, denn das bedeutet eine schwere Gefahr für die Allgemeinheit. Den Landräten wird zur Abwendung dieser Gefahr aufgegeben, gegen säumige Landwirte rücksichtslos durchzugreifen und unter Anknüpfung an die bestehenden Einrichtungen eine Organisation zu schaffen, die aus dem Lande herausholt, was sich herausholen läßt.

Das ist eine energische Sprache, und wenn die maßgebenden Stellen schon früher so energisch aufgetreten wären und vor allen Dingen auch mit dem erforderlichen Nachdruck für die Durchführung der notwendigen Anordnungen gefordert hätten, dann wäre vieles besser im Lande. In Deutschland, dem Lande mit dem umfangreichsten Kartoffelbau, hätte eine Kartoffelnot nie eintreten dürfen. In der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ vom 27. Januar wurde eine interessante Rechnung über den Verbleib der Kartoffeln aufgemacht. Die lehtjährige Kartoffelernte wird als außerordentlich schlecht bezeichnet, sie soll nur 23 Millionen Tonnen ergeben haben. Rechnet man hiervon 8 Millionen Tonnen für Saatgut, Schwund, Industriewecke und Verfütterung, die unter der Hand erfolgt ist, dann müßten noch 15 Millionen Tonnen zur Ernährung der Bevölkerung bleiben; eine Menge, die ausreichen müßte, auf den Kopf der Bevölkerung, einschließlich Soldaten und Gefangenen, bis zur neuen Ernte 10 Pfund wöchentlich zu gewähren. Tatsächlich wurden die 10 Pfund wöchentlich nur für kurze Zeit gewährt, dann wurde die Wochenmenge immer kleiner. Unter Berücksichtigung der tatsächlich verteilten Kopfmenge wird berechnet, daß bis Ende Januar 6 Millionen Tonnen verzehrt waren. Wenn für die weitere Zeit bis zur nächsten Ernte nur 3 Pfund pro Kopf und Woche verteilt werden, dann wären in der Zeit vom September 1916 bis Juli 1917 9.1 Millionen Tonnen verzehrt. Das heißt, 5 bis 6 Millionen Tonnen Kartoffeln wären verschwunden. Daß solche Mengen verdorben sein könnten, erscheint ausgeschlossen. Entweder sind sie vor Erlaß des Verfüterungsverbots verfüttert, oder aber, und das ist sehr wahrscheinlich, sie wurden versteckt, um sie später unter der Hand für schweres Geld an wohlhabende Leute zu verkaufen.

Neuerdings wird versucht, einen genaueren Ueberblick über die vorhandenen Lebensmittelvorräte zu erlangen. Am 15. Februar fand im ganzen Reich eine Bestandaufnahme für Getreide statt, und am 1. März werden alle Kartoffelvorräte von 20 Pfund und darüber aufgenommen. Aus diesem Anlaß hat der Reichskanzler ein Schreiben an alle Bundesregierungen gerichtet, in welchem er der Er-

wartung Ausdruck gibt, daß auch in diesem Fall die deutschen Landwirte und Landwirtsfrauen ihre Pflicht gegen das Vaterland erfüllen werden. Dieses Vertrauen erbt den Reichskanzler. Wenn es gerechtfertigt wird, dann werden auch wohl die verlorengegangenen 6 Millionen Tonnen Kartoffeln wieder zum Vorschein kommen, und wir hätten Aussicht, daß die Wochenration wieder auf 10 Pfund pro Kopf bemessen wird. Diese Hoffnung wird aber kaum Erfüllung finden; die bisher verschwiegene Vorräte werden schwerlich freiwillig offenbart werden. Eine scharfe Kontrolle ist jedenfalls viel erfolgreicher als der kräftigste Appell an die Vaterlandsliebe, die, wie die Erfahrung lehrt, in der Regel hintangeseht wird, wenn sie mit dem Profitinteresse in Konflikt gerät.

Die Lebensmittelnot hätte diesen bedrohlichen Umfang nicht annehmen können, wenn von vornherein mit der erforderlichen unnaechtsichtigen Strenge die für die Sicherung der Ernährung erforderlichen Maßnahmen getroffen und durchgeführt worden wären. Die Einrichtung des Kriegsernährungsamtes ist seinerzeit mit großen Hoffnungen begrüßt worden, und seinem Präsidenten, Herrn v. Batocki, hat es an Vorschlagsreichtum nicht gefehlt. Von ihm, als dem „Lebensmitteldiktator“, erwartete man, daß er mit starker Hand Ordnung in den verfahrenen Karren der Lebensmittelversorgung bringen würde. Es ist auch eine sehr umfassende Organisation geschaffen worden, und zweifellos wurde viel gearbeitet. Aber wenn man die tatsächlichen Ernährungsverhältnisse betrachtet, dann liegt es nahe, an das Sprichwort von den Mühlen zu denken, die viel klappern, aber kein Mehl geben.

Doch tut man dem Kriegsernährungsamt sicher Unrecht, wenn man ihm die volle Verantwortung für die unheimlichen Zustände aufbürdet. Das Kriegsernährungsamt hat in Wirklichkeit gar nicht viel zu sagen, und Herr v. Batocki ist nichts weniger als ein Diktator. Daß das Amt versagt hat, hängt mit unseren verfassungsmäßigen Einrichtungen zusammen. Als Reichsbehörde kann das Kriegsernährungsamt wohl Verordnungen erlassen, und es hat von diesem Recht sehr reichlich Gebrauch gemacht. Der Vollzug dieser Verordnungen ist aber Sache der Landesbehörden. Der Erfolg der Maßnahmen des Kriegsernährungsamtes hängt in der Hauptsache von dem mehr oder weniger guten Willen der Landesregierungen ab.

In Preußen hat man von einem einträchtigen Zusammenarbeiten der Regierung mit dem Kriegsernährungsamt bisher nicht viel gemerkt. Der preussische Landwirtschaftsminister ist bemüht, sich die Zuneigung der Landwirte zu erhalten, die begreiflicherweise ihren Vorteil wahrnehmen. Da das Kriegsernährungsamt die Interessen der Verbraucher nicht völlig außer acht lassen kann, konnten Reibungen nicht ausbleiben, die der Sache keineswegs förderlich sind. Um diese Unstimmigkeiten zu beheben, ist für Preußen die Einsetzung eines Staatskommissars für Volksernährung beschlossen worden. An diese Stelle wurde der seitherige Leiter der Reichsgetreidestelle, Unterstaatssekretär Michaelis, berufen. Er soll in Verbindung mit dem Kriegsernährungsamt arbeiten und die Befugnis für die unmittelbare Durchführung der erlassenen Verordnungen erhalten, allerdings unter gemeinschaftlicher Aufsicht des Landwirtschafts-, des Handelsministers und des Ministers des Innern, die berechtigt sind, gemeinsam gegen seine Anordnungen Einspruch zu erheben. Die Einrichtung dieser Amtsstelle scheint sich nicht ganz glatt vollzogen zu haben; es hieß, der Landwirtschaftsminister v. Schorlemer hätte zurücktreten wollen. Daß er schließlich geblieben ist, läßt darauf schließen, daß seine Wünsche berücksichtigt wurden. Trotzdem wollen wir hoffen, daß die neue Einrichtung wirklich eine Besserung für die Konsumenten bringen wird. Allerdings wird man nach so vielen Enttäuschungen guttun, die Erwartungen nicht sehr hoch zu spannen.

Große Aufmerksamkeit muß jetzt der Vorbereitung für die nächste Ernte zugewendet werden. Es gilt, darauf zu achten, daß bei der Landbestellung in erster Linie auf das Ernährungsbedürfnis der Bevölkerung Rücksicht genommen wird. Der Landwirt wird begreiflicherweise den Anbau solcher Früchte bevorzugen, die ihm den höchsten Gewinn versprechen. Wird hierbei planlos gewirtschaftet, dann könnte die Ernährung im nächsten Erntejahr von vornherein gefährdet werden. Die zuständigen Behörden werden sich des Einflusses auf das Maß des Anbaues der einzelnen Fruchtarten nicht begeben dürfen. Sie werden auch beizeiten Richtlinien für die Preisfestsetzung aufstellen müssen, wobei nicht nur auf eine Herabsetzung der hochgetriebenen Lebensmittelpreise Bedacht zu nehmen ist, auch das richtige Verhältnis zwischen den Preisen der verschiedenen Erzeugnisse der Landwirtschaft muß wieder hergestellt werden. Wir wollen hoffen, daß bei allen diesen Aufgaben nicht nur der Vorteil der Landwirte gewahrt wird, sondern auch die Interessen der minderbemittelten Verbraucher möglichst gebührend berücksichtigt werden.

Ueber der notwendigen Sorge für die Zukunft darf aber das Erdbeben des Augenblicks nicht vergessen werden. Die Verteilung der vorhandenen Vorräte ist ungerecht, die der städtischen Bevölkerung zugewiesenen Lebensmittel sind unzureichend. Die Zufuhren, die den Schwere- und Schwerstarbeitern zugewilligt werden, sind ein ungenügender Ausgleich. Eine gerechte Auswahl der zu bedenkenden Arbeiterkategorien erscheint kaum möglich. Es wird von unseren Kollegen allgemein als Unbill empfunden, daß die Holzarbeiter nicht als Schwerarbeiter anerkannt werden. Die Stellen, welche die betreffende Versorgung erlassen haben, wissen offenbar nicht, welche überlänglichen Anstrengungen z. B. vom Tischler verlangt werden. In einem so vielseitigen Beruf wie diesem gibt es natürlich auch wenig anstrengende Fertigkeiten, doch können solche Ausnahmen nicht maßgebend sein.

Viel Beifall ist von der Hindenburgspende gemeldet worden. Dem Ruf des Feldmarschalls folgend, gehen die Landwirte bei den Hansschlachungen einen kleinen Teil des Ertrages für die Munitionsarbeiter ab. Aber nicht etwa als Geschenk. Diese „Spende“ wird gut bezahlt. Den Arbeitern, die dieser „Spende“ teilhaftig werden — es kommen nicht nur Fett, sondern auch

andere, in gleicher Weise „gespendete“ Lebensmittel in Betracht — werden häufig Preise dafür abgenommen, welche die amtlichen Höchstpreise erheblich übersteigen. Nach anderweitigen Mitteilungen sollen diese kostbaren Lebensmittel nicht aus der Hindenburgspende, sondern aus anderen Quellen stammen. Aber gleichviel, unter den gegebenen Verhältnissen werden ja die höchsten Preise gezahlt, wenn dafür überhaupt nur Lebensmittel zu erlangen sind. Jedenfalls ist die Hindenburgspende ein Nothelfer, von dem man nur wünschen kann, daß er recht bald ganz entbehrlich wird. Das läßt sich erreichen durch eine gerechte Verteilung der Vorräte.

### Soziales.

#### Neue Kriegskredite bewilligt.

Der Reichstag hat am 23. Februar die erneut angeforderten Kriegskredite in Höhe von 15 Milliarden Mark bewilligt. Das ist die achte Kreditbewilligung. Bisher waren bewilligt worden: am 4. August und am 2. Dezember 1914 je 5 Milliarden, am 20. März, 20. August und am 21. Dezember 1915 je 20 Milliarden, am 2. Juni und am 27. Oktober 1916 je 12 Milliarden. Das ergibt mit den neubewilligten 15 Milliarden insgesamt 79 Milliarden, eine riesige Summe, von deren Bedeutung man sich nur schwer eine richtige Vorstellung machen kann.

Namens der sozialdemokratischen Fraktion gab der Abgeordnete Ebert eine Erklärung ab, in welcher unter Hinweis auf die unverhüllt ausgesprochenen Eroberungsziele der feindlichen Mächte der festen Entschlossenheit der Sozialdemokratie Ausdruck gegeben wird, auszuharren bis zur Erreichung eines die Lebensinteressen des deutschen Volkes sichernden Friedens. Die Sozialdemokraten erwarten, daß auch die Reichsleitung unbeirrt festhält an der in ihrer Note vom 12. Dezember bekundeten Friedensgenügsamkeit und jederzeit bereit bleibt, in Verhandlungen einzutreten mit dem Ziele eines Friedens, der die Lebensinteressen aller Völker achtet und darum die Gewähr der Dauer in sich trägt.

Gegen die Kriegskredite stimmte nur die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, für welche der Abgeordnete Seebour die Ablehnung damit begründete, daß die Zustimmung ein Vertrauensvotum für die Regierung bedeute, das ihr nicht ausgestellt werden könne. Daß der Zehnerverband sich zu ausschweifenden Eroberungsplänen bekannt hat, kann das Urteil der Arbeitsgemeinschaft nicht beeinflussen.

#### Die Gelben und die Schlichtungsausschüsse.

Mit dem 1. Februar haben die auf Grund des § 9 des Hilfsdienstgesetzes errichteten Schlichtungsausschüsse ihre Tätigkeit aufgenommen; damit sind die vorläufigen Ausschüsse außer Wirksamkeit gesetzt. Die Ernennung der Vorsitzenden und der ständigen Mitglieder der Schlichtungsausschüsse ist unmittelbar durch das Kriegsamt erfolgt. Hierzu hat es, entsprechend § 10 des Gesetzes, Vorschlagslisten der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer eingeholt. Die Vorschläge für die Arbeitervertreter wurden auf Grund einer Vereinbarung zwischen den Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen zusammengestellt. Selbstverständlich konnten hierbei die Gelben, da sie nicht Vertreter der Arbeiterinteressen sind, nicht berücksichtigt werden.

Die Gelben selbst und ihre einflussreichen Förderer und Beschützer haben sich darüber sehr ungehalten gezeigt, sie möchten eben gar zu gern Vertreter von Unternehmerinteressen als Arbeitervertreter einschmuggeln. Auch das Kriegsamt ist keineswegs frei von Sympathie für die Gelben. Ob es richtig ist, daß, wie gemeldet wurde, zwar einige Gelbe den vorläufigen Ausschüssen angehörten, aber kein Gelber als Beisitzer in den dauernden Schlichtungsausschüssen ernannt wurde, wissen wir nicht. Die Nachricht klingt aber glaubhaft, und sie wird indirekt bestätigt durch eine Bekanntmachung des Kriegsammtes, die wenigstens unter gewissen Umständen die Berufung von Gelben als unständige Mitglieder der Ausschüsse sichern will.

Bekanntlich bestehen die Ausschüsse aus einem Beauftragten des Kriegsammtes als Vorsitzenden und je drei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiter. Je zwei dieser Vertreter sind ständig, und der dritte soll aus der Berufsgruppe entnommen werden, welcher der Hilfsdienstpflichtige angehört. Im Hinblick auf diese Bestimmung wird den Ausschüssen empfohlen, die Sitzungen nach Berufsgruppen festzusetzen und den Begriff „Berufsgruppe“ nicht zu eng zu fassen. Dadurch soll die Hinzuziehung einer großen Anzahl unständiger Mitglieder zu einer Sitzung vermieden werden. Die Ernennung der unständigen Mitglieder des Schlichtungsausschusses hat das Kriegsamt dem Vorsitzenden übertragen.

Im Interesse der Gelben hat es hierzu angeordnet, daß für alle Fälle, in denen ein Angehöriger der sogenannten wirtschaftsfriedlichen Arbeiterorganisationen (Hauptauschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands, Kartellverband deutscher Wertvereine, Deutsche Staats-handwerker- und Arbeitergemeinschaft, Verband deutscher Eisenbahnhandwerker und -arbeiter) vor den Schlichtungsausschuß kommt, als unständiges Mitglied ein Vertreter der betreffenden Richtung hinzuzuziehen ist. Der betreffende Gelbe muß aber seine Eigenschaft als solcher rechtzeitig dem Vorsitzenden mitteilen und die Berufung eines gelben Vertreters beantragen. Auch Unorganisierte können die gleiche Vergünstigung beanspruchen, worauf dann ein unorganisierter Arbeiter als unständiges Mitglied des Ausschusses herangezogen werden kann.

Entsprechende Ausnahmen für Unternehmer, die der wirtschaftlichen Organisation, welche die Vorschläge für die Arbeitgeberbeisitzer gemacht hat, nicht angehören, sind nicht vorgezogen. Das ist auch dort nicht verlangt worden. In den Fragen, die vor den Schlichtungsausschüssen entschieden werden, verfolgen die sonst verschiedenen Meinungen huldigenden Unternehmer gleiche Interessen. Nur in der Arbeitererschaft sind die Gegensätze so stark, daß gewisse Gruppen den Vorteil der Gegner gegen ihre eigenen Klassen-genossen wahrnehmen. Ein Ruhmestitel für die Arbeiter-treue ist das nicht.

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 9. Wochenbeitrag für das Jahr 1917 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 376716 Mr. Grauel, Tischler, geb. 5. 11. 79 zu Gotha.
  - 376735 Karl Hartung, Stellm., geb. 30. 11. 83 zu Altenfeld.
  - 679155 Franz Tippmann, Stuhl-, 18. 1. 71 zu Langenau.
  - 765689 Karl Ed. Dietrich, Holzarb., geb. 21. 1. 50 zu Rötha.
- Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.  
Der Vorstandsvorstand.

#### Korrespondenzen.

**Berlin.** (Rüchennöbelschler.) In der im Februar abgehaltenen Branchenversammlung gedachte der Obmann des in Rußland gefallenen Kollegen Wilhelm Hiller, der lange Jahre Mitglied der Branchenkommission war. — Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß die Branche unter den Kriegswirren sehr zu leiden hatte. Von 48 Betrieben mit 398 beschäftigten Kollegen, die vor dem Kriege vorhanden waren, existieren jetzt nur 17 Betriebe mit 99 Kollegen. Trotzdem es an Arbeitskräften mangelt, sind einzelne Unternehmer nicht zur Aufbesserung der Alfordlöhne zu bewegen. In dem Betrieb von Robert Rosenau verdienten die Kollegen bei anstrengender Alfordarbeit im Herbst 1916 nur 39 bis 40 M. im Durchschnitt. Da alle Vorstellungen bei dem Unternehmer vergebens waren, verließen die Kollegen den Betrieb. Nun erst kam der Unternehmer zur Besinnung. In einem an die Arbeiter versandten Schreiben erbot er sich, auf alle Preise, wie er sie in der letzten Zeit gezahlt hatte, 50 Prozent Aufschlag zu zahlen, ohne Abzug des Zuschneidens für den Querschnitt. — Mit der Organisation ist es in einzelnen Betrieben noch schlecht bestellt; es wäre nun doch endlich an der Zeit, daß sich der letzte Kollege der Organisation anschließt. Wir hoffen, daß bei einer regen Agitation dieses auch geschehen wird. Zum Schluß teilte der Obmann noch mit, daß der Kollege Carl Brülke am 1. März sein 25jähriges Verbandsjubiläum begeht. Raum ausgelassen, trat er der Organisation bei, und er hat unermüdet für sie agitiert. Ziemlich zwei Jahrzehnte war er Funktionär. Gegenwärtig steht er im Felde. Unser Wunsch ist, daß er recht bald in unsere Reihen zurückkehrt und wir wieder gemeinsam die Arbeit für die Organisation aufnehmen können.

**Straubing.** In der Statistik, die der Gauvorstand über die Lohnerhöhungen in unserem Gau zusammengestellt hat, steht die Zahlstelle Straubing mit einer Stundenlohnerhöhung (einschl. der früher gewährten Kriegszulage) von 28 Pf. sowie einer durchschnittlichen Wochenlohnerhöhung von 15,40 M. im ganzen Gau an erster Stelle. 13 Kollegen sind wir nur noch in unserer Stadt, aber wir 13 halten fest zusammen. Wir sind eins mit dem Verband und unserem Gauvorsteher, welcher treulich in die Fußstapfen unseres unvergeßlichen Raths getreten ist. Nur dadurch war es uns möglich, diesen Erfolg, welcher in erster Linie uns selber zugute kommt, zu erreichen. Indifferenten, die Säger ausgenommen, welche wir aber noch bekehren werden, haben wir hier nicht. 60 Kollegen von uns stehen im Felde; welche Freude muß es für diese sein, wenn sie über unseren Erfolg lesen. Nicht als Mittel zum Zweck allein betrachten wir den Verband und unsere Zahlstelle, sondern auch als heiliges Bermächtnis der hier jahrelang tätigen eingezogenen Kollegen. Manche Zahlstelle könnte besser abgeschnitten haben; denn was im finstersten Winkel Niederbayerns möglich war, muß doch allorts gehen. Doch heißt es natürlich, tüchtig zugreifen, jeden einzelnen gewinnen, denn gerade jetzt ist hierzu die günstigste Zeit.

#### Lohnbewegungen und Teuerungszulagen.

In Manzell bei Friedrichshafen ist es im Flugzeugbau nach langen Verhandlungen und nachdem schon 193 Kollegen beschlossen hatten, ihre Abfertigung zu verlangen, gelungen, eine Einigung zu erzielen. Hiernach beträgt der Einstellungslohn für gelernte Arbeiter über 22 Jahr 74 Pf. Die bestehenden Löhne müssen so viel aufgebessert werden, daß der Einstellungslohn mindestens erreicht wird, und die übrigen müssen die Stunde 10 Pf. mehr erhalten. Für Arbeiterinnen über 22 Jahre beträgt der Einstellungslohn 40 Pf. die Stunde. Im Motorenbau erzielten die Kollegen eine Aufbesserung der Löhne um 20 Pf. die Stunde. Der Durchschnittslohn beträgt bei den Modellmachern 1,08 M., bei den Möbelschreibern 77 Pf. die Stunde. Im Luftschiffbau wurde eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 8 bis 12 Pf. erreicht. Der Einstellungslohn wurde auf 64 Pf. festgesetzt. An den Kollegen wird es nun liegen, dafür zu sorgen, daß alle Holzarbeiter in den Verband eintreten; der Anfang ist schon gemacht, indem sich im ersten Quartal 140 Kollegen und Kolleginnen aufnehmen ließen. Dann werden in Friedrichshafen auch bessere Zustände eintreten.

### Aus der Holzindustrie.

#### Schlichtungsinstanzen und Hilfsdienstgesetz.

Aus Bremen wird uns geschrieben: Nachdem die „Holzarbeiter-Zeitung“ in Nr. 5 zu dem Artikel des Herrn Prof. Zimmermann in der „Sozialen Praxis“ Nr. 17 Stellung genommen hat, erscheint es notwendig, einige Irrtümer richtigzustellen, um zu verhüten, daß die Ansicht Platz greift: „Die Bremer Holzarbeiter waren das Karmel, sie haben sich durch die Arbeitseinstellung bei den Firmen Klode u. Co. und Koch u. Co. eines schweren Tarifbruchs schuldig gemacht, ein schlimmes Beispielvergehen auf sich geladen.“ Nichtingeweihte müßten auf Grund der Darstellung, wie sie Prof. Zimmermann gibt, ohne weiteres zu dem Schluß kommen, die Bremer Holzarbeiter haben sich den Teufel um die vertraglichen Schlichtungsinstanzen gekümmert, sondern einfach die Forderung

gestellt, und weil sie diese nicht bewilligt erhielten, die Arbeit verweigert, den Schlichtungsausschuss angerufen, der dann eifervoll „den Knoten durchgehauen habe“.

So trotztauglich sind die Bremer Holzarbeiter denn doch nicht, sie wissen den Wert tariflicher Schlichtungsinstanzen zu schätzen und haben bisher in jedem Falle, auch in diesem, alles versucht, um eine Regelung der Streitfragen auf diesem Wege herbeizuführen. Zum Beweis diene folgendes: In der Schlichtungskommissionssitzung am 23. November 1916 konnte eine Einigung darüber, ob Akkordarbeiter nach der Vereinbarung vom 10. November 1916 15 Pf. pro Stunde Zuschlag erhalten sollen, oder ob diese Summe auf den Grundlohn — in unserem Falle mit 25 Prozent — prozentual verrechnet werden solle, nicht erzielt werden. Die Arbeitgeber vertraten den Standpunkt, die Bezeichnung „Stimmungsmäßige Anwendung“ in Punkt 7 der Vereinbarung sei so anzuwenden, daß eine prozentuale Verrechnung der Akkorde nicht in Frage käme. Nebenbei bemerkt, sahen in dieser Schlichtungskommission zwei Arbeitgeber, die an den Verhandlungen in Berlin teilgenommen hatten, also doch sicher nach Prof. Zimmermann als Sachverständige und sachkundige, tatkraftig erfahrene Instanz angesehen werden mußten, die über die Leitgedanken und Grundzüge der Parteien unterrichtet waren. Auf der anderen Seite saß auch ein Arbeitnehmer dabei, der gleichfalls an den zentralen Verhandlungen teilgenommen hatte und unter Hinweis auf die gepflogenen Auseinandersetzungen den gegenteiligen Standpunkt vertrat.

Es wurde beschlossen, eine Entscheidung der Zentralvorstände einzufordern. In der Sitzung der Schlichtungskommission am 6. Dezember mußte berichtet werden, daß eine Entscheidung der Zentralvorstände noch nicht eingegangen sei. Am 12. Dezember fand die Aussprache zwischen den Zentralvorständen statt. Sie trafen aber in der für uns wichtigen Frage keine definitive Entscheidung, sondern empfahlen nur den Ortsparteien, bei feststehenden Akkorden nach Prozenten zu verrechnen. Eine Beschlussfassung wurde wieder den örtlichen Schlichtungskommissionen zugewiesen.

Unsere nächste Sitzung tagte am 22. Dezember. Auch diesmal standen sich die Meinungen genau so gegenüber wie am 23. November. Nochmals wurden unsererseits die Arbeitgeber ersucht, dem Wunsch der Zentralvorstände nachzukommen, also feststehende Akkorde prozentual umzurechnen. Wieder verließ die Verhandlung ergebnislos. Am 5. Januar eine erneute Sitzung der Schlichtungskommission. Jetzt erklärten die Arbeitgeber offiziell, auch bei Akkordarbeit 15 Pf. pro Stunde als Teuerungszulage zahlen zu wollen, die Umrechnung der Akkorde wurde glatt abgelehnt.

Damit war den Bremer Holzarbeitern der Geduldsfaden gerissen. Die Vertreter der beiden in Frage kommenden Möbelfabriken erstatteten ihren Kollegen Bericht, und die einmütige Entscheidung ging dahin, durch Verweigerung der Arbeit eine definitive Regelung herbeizuführen.

Richtig ist ohne Zweifel, daß die Arbeiter das Recht hatten, nunmehr den unparteiischen Vorsitzenden anzurufen, ehe die Arbeitseinstellung erfolgte. Aber bei der Hartnäckigkeit, mit der die Arbeitgeber in den vier Schlichtungssitzungen ihre Meinung vertraten, war nicht zu erwarten, daß sie sich einem Schiedsspruch des unparteiischen Vorsitzenden, sofern er nicht ihre Meinung billigte, unterwerfen hätten. Was dann? Uebrigens stand doch das gleiche Recht, diese weitere vertragliche Instanz anzurufen, auch den Arbeitgebern zu. Sie haben niemals eine Anregung in diesem Sinne gegeben. Sie mußten wohl überzeugt sein, ihr vermeintliches Recht dort nicht zu finden.

Die Arbeitgeber waren es, die den Schlichtungsausschuss des Hilfsdienstgesetzes anriefen, und der mußte sich nunmehr zu einer Verhandlung bereit finden. Daß dieser sich nicht „eifervoll“ über die Sache hermachte, sondern sehr genau die Grenzen seiner Zuständigkeit wahrte, beweist der gefällte Schiedsspruch.

Daß dieser Schiedsspruch dazu angetan sein soll, „Beruhigung und peinliche Unsicherheit“ bei den Arbeitern des betreffenden Betriebes hervorzurufen, vermögen wir nicht einzusehen. Tatsache ist doch, daß für die Möbelfabrikation alte Akkordtarife aus der Friedenszeit her bestehen, deren Aenderung bzw. Umrechnung keine so große Schwierigkeiten bereitet hätte, während andererseits die Arbeiten für den Kriegshedarf für diese Arbeiter völlig neu, zum größten Teil berufsbedingt sind, und damit eine genaue und sichere Berechnung des Akkordpreises ungemein erschwert ist. Gerade um gegenseitige Ueberverteilung zu verhindern, halten wir den Schiedsspruch, soweit Kriegsarbeit in Frage kommt, für richtig. Uebrigens ein Angebot, das die Arbeiter in den Schlichtungssitzungen vorher wiederholt gemacht hatten, ohne Gegenliebe zu finden.

Darin stimmen wir mit Herrn Prof. Zimmermann vollständig überein, daß die vertraglichen Schlichtungsinstanzen nicht durch den Ausschuss des Kriegsamts außer Kurs gesetzt werden dürfen, aber diese Instanzen müssen auch funktionieren.

Gerade wir Holzarbeiter sind stolz darauf, durch unsere Tarife mitgewirkt zu haben, daß dem Gewerbe durch die vereinbarten Instanzen sehr oft schwere Erschütterungen erspart blieben. Das wissen auch die Bremer Arbeitgeber sehr genau. Wenn aber diese Instanzen nur als Verschleppungswerkzeug dienen sollen, wenn weiter auch Entscheidungen der Zentralvorstände in kritischen Fragen so wenig Beachtung finden wie in unserem Falle, ist auch schließlich ein „Durchhauen des Knotens“ sehr wünschenswert.

Was wir haben, halten wir fest, auch unsere Schlichtungsinstanzen, und wir sind nach wie vor bestrebt, sie im Dienst des Arbeitsfriedens zu benutzen. Hoffen wir, daß diese Klarstellung dazu beiträgt, die Organe, die zur Aufsicht und Durchführung der vertraglichen Bestimmungen berufen sind, zu ermuntern, in ähnlichen Fällen energischer auf die Durchführung ihrer Entscheidung zu drängen. Herr Prof. Zimmermann kann aber daraus ersehen, daß nicht leichtfertige Beiseitsetzung tariflicher Einrichtungen die Triebfeder unseres Handelns war, sondern daß Theorie und Praxis mitunter sehr verschiedene Dinge sind.

W. H. Dammert.

### Von unseren Kollegen im Felde.

#### Zum Bruderkampf.

Von einem Kollegen, der seit Kriegsbeginn im Felde steht, erhalten wir eine längere Zuschrift, die sich mit dem Zwist in der Arbeiterbewegung beschäftigt. Wir entnehmen ihr folgende Stellen:

... Mit Nachdruck muß dem Treiben gesteuert werden, welches auf eine systematische Untergrabung der gewerkschaftlichen Einigkeit abzielt. Ein Beweis hierfür sind die Resolutionen, die in Nr. 3 der „Holzarbeiter-Zeitung“ erwähnt wurden. Sämtliche Resolutionen sprechen von der Gewinnung der Gewerkschaftler innerhalb der Gewerkschaften. Das wird mit Recht als Maulwurfsarbeit bezeichnet. Welche Wirkung die Maulwurfsarbeit letzten Endes haben kann, dürfte den Verfassern dieser Resolutionen eigentlich nicht unbekannt sein. In den gewerkschaftlichen Organisationen, wo alles auf das praktische Handeln im Kampf gegen den Kapitalismus eingestellt ist, übt ein solcher Krakeel eine schlimmere Wirkung aus als in der Partei, zum materiellen Schaden der Arbeiter.

Daß als Zug- und Kampfmittel die Hege gegen die Gewerkschaftsangehörigen benutzt wird, entspricht nachgerade der Tradition der Oppositionsluftigen in der Bewegung. Die Kritiker sollten sich vergegenwärtigen, daß es sich bei den Gewerkschaftsangehörigen ausnahmslos um Personen handelt, die schon vor ihrer Anstellung in der Bewegung viele Vertrauensposten bekleidet haben. Sie werden dann wohl zu der Ueberzeugung kommen, daß die Arbeit des Angestellten nicht besser wird, wenn ihm recht viele Anipfel zwischen die Beine geworfen werden. Im Kampf gegen das Unternehmertum, wo es sich darum handelt, für die Arbeiter direkte materielle Vorteile zu erringen bzw. Nachteile abzumehren, ergeben sich bekanntlich andere Schwierigkeiten als bei der Phantasie über eine bessere Zukunft.

Daß die freien Gewerkschaften die Interessen der Arbeiter erfolgreich vertreten haben, kann niemand bezweifeln, der mit offenen Augen in die Welt schaut. Und daß sie auch noch während des Krieges Erfolge aufzuweisen haben, ist ein doppelter Beweis ihrer Leistungsfähigkeit, wovon der Deutsche Holzarbeiter-Verband in jüngster Zeit einen glänzenden Beweis geliefert hat. Danach besteht kein Grund, weder das Wesen der Gewerkschaften noch die bisher gelübten Kampfmethoden grundsätzlich anders zu gestalten. Sind sich übrigens die Leute, die eine Umgestaltung oder Spaltung erstreben, einmal klargeworden, welches gewagtes Spiel sie treiben angesichts der ungewissen Zukunft, der wir entgegengehen? Und sind sie sich darüber klargeworden, welche große Verantwortung sie den vielen hunderttausend im Felde stehenden Gewerkschaftlern gegenüber übernehmen, deren Meinung dabei vollständig ignoriert wird?

Aus allen Aeußerungen der Opposition ist zu erkennen, daß dort ein großer Mangel an klarer Vorstellung von dem herrscht, was eigentlich werden soll. Es wirkt fast komisch, wenn ein gelegentlicher Ausdruck des Mißbehagens eines selbstgekauerten Arbeiters über seine trostlose Lage dazu benutzt wird, die Arbeiter im Felde als Anhänger der „neuen Richtung“ anzurufen. Ueber die Stimmung im Felde kann schließlich derjenige am besten urteilen, der selbst dort ist. Der Schreiber dieser Zeilen steht dreißig Monate, solange wie der Krieg dauert, draußen. Seine Wahrnehmung aus der letzten Zeit geht dahin, daß die Haltung der Minderheit zum Friedensangebot der Mittelmächte geradezu bestrebend auf die Arbeiter im Felde gewirkt hat. Denn wenn das Angebot von der deutschen sozialdemokratischen Minderheit noch geringer eingeschätzt wird als von einem großen Teil der Sozialisten des feindlichen Auslandes, dann bedarf es keines Beweises mehr, daß die neue Partei dem Frieden keinen Dienst leistet. Zuerstichtlich können um so mehr diejenigen der Daheimgebliebenen in die Zukunft blicken, welche die bewährten Einrichtungen zum Kampf gegen das Unternehmertum erhalten und ausbauen. Das große Heer der heimkehrenden Arbeiter wird ihnen dafür danken.

#### Wahret die Einigkeit!

Von der Westfront wird uns geschrieben:

Heute erhielt ich die „Feldpost-Zeitung“, die mich recht erfreut hat. Geht doch aus allen Zeilen hervor, daß die Organisation allen Gefahren des Krieges standgehalten und zu weiteren Eroberungen ausgeholt hat. Daß das Eroberte gehalten wird, dafür bürgt uns die treue Anhänglichkeit der Zuhausegebliebenen am Verband. Hieran möge auch die Zwietracht zerschellen, die man versucht, in die Gewerkschaften zu tragen, wie es leider in der Partei geschehen ist. Es tut weh, wenn man sieht, wie das Gebäude der modernen Arbeiterbewegung so untergraben wird, an dem man seit Jahrzehnten mitgearbeitet hat. Mit den zerstörenden Elementen wird noch Abrechnung gehalten werden. Ich hoffe aber, daß in unserem Verband durch den gefunden Geist der Kollegen jedes Anzeichen der Trennung energig verhindert wird. Hoffend, recht bald wieder mit tätig sein zu können, schreibe ich mit kollegialem Gruß.

H. R.

Das Eiserne Kreuz haben nach den uns in letzter Zeit zugegangenen Mitteilungen die nachbenannten Verbandsmitglieder erhalten: Friedrich Bernau, Angestellter der Zahnstelle Bromberg; Reinhold Luckow und Max Schuchsch, beide aus Finsterwalde; Karl Pögger, Tischler, aus Sagenow; Karl Pfaffenbach, Stellmacher, aus Sargburg; Robert Klink, Ernst Mitschke und Wilhelm Willig, alle drei aus Karlsruhe; P. Madepwang, Tischler, und B. Köhler, Metzger, beide aus Kiel; Gustav Boldt, Drechsler, aus Landsberg a. W.; Gustav Kolde und Ernst Reumann, beide aus Rastenburg; Carl Mohring, Fern Bohne, Arno Bornkeißel und Robert Kreuzing (der Letztergenannte ist inzwischen gefallen), alle vier aus Rudolstadt; Joh. Galland aus Ulm.

### Gewerkschaftliches.

#### Amerikanisch-deutscher Telegrammwechsel für den Frieden.

Der Präsident des amerikanischen Arbeiterbundes, Gompers, hat am 8. Februar an den Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Legien, folgendes Telegramm gerichtet:

„Legien, Berlin. Können Sie nicht auf die deutsche Regierung einwirken, daß ein Bruch mit den Vereinigten Staaten vermieden und hierdurch ein allgemeiner Konflikt verhindert wird?“

Legien hat hierauf sofort mit folgendem Telegramm geantwortet:

„Gompers, Washington. Die deutsche Arbeiterklasse hat seit Kriegsbeginn für den Frieden gewirkt und ist gegen jede Kriegserweiterung. Die Ablehnung des deutschen aufrichtigen Angebots sofortiger Friedensverhandlungen, die Fortsetzung des grausamen Aushungerungskrieges gegen unsere Frauen, Kinder und Greise, des Feindes offen eingeständene, auf Deutschlands Vernichtung gerichtete Kriegsziele haben die Verschärfung des Krieges herausgefordert. Eine Einwirkung meinerseits auf die Regierung ist nur erfolgversprechend, wenn Amerika England zur Einstellung des völkerverrechtswidrigen Aushungerungskrieges veranlaßt. Ich appelliere an die amerikanische Arbeiterschaft, sich nicht als Werkzeug der Kriegsheer gebrauch zu lassen und nicht durch Befahren der Kriegszone den Krieg zu erweitern. Die internationale Arbeiterschaft muß unerschütterlich für sofortigen Frieden wirken. Karl Legien.“

In der vorliegenden Meldung wird versichert, daß durch die Rückfrage die Ankunft des Legienschen Telegramms in den Vereinigten Staaten festgestellt sei.

An die Wiedergabe dieser Telegramme fällt zunächst der Umweg auf, auf dem sie zur Kenntnis der deutschen Arbeiter gebracht wurden. Wir haben die Telegramme zuerst im „Vorwärts“ vom 18. Februar gelesen, der darüber berichtet, daß der „Avanti“, das Organ der sozialdemokratischen Partei Italiens, von einem Telegramm von Gompers an Legien Mitteilung gemacht habe. Der „Vorwärts“ bestätigt diese Mitteilung und bringt den Text der Telegramme. Welche Gründe für die Wahl dieses Umweges maßgebend waren, ist uns nicht verständlich.

In der Sache selbst begrüßen wir den aus dem Telegramm von Gompers sprechenden Wunsch des Repräsentanten der amerikanischen Arbeiter, im Sinne des Friedens zu wirken. Allerdings hätten die amerikanischen Arbeiter schon viel früher Gelegenheit gehabt, sich im eigenen Lande für die Wiederherstellung des europäischen Friedens zu betätigen. Man hat aber nichts davon gehört, daß sie irgendeinen Einspruch gegen die Versorgung unserer Feinde mit Waffen und Munition durch die amerikanische Industrie erhoben hätten, und ebensowenig haben sie etwas gegen die Unterbindung des amerikanischen Schiffsverkehrs mit Deutschland eingewendet. Diese von England gegen Amerika verfügte Handelsperre hatte ja auch nur den Zweck, Deutschland auszuhungern. Das neutrale Gewissen des amerikanischen Präsidenten, Wilson, wurde dadurch nicht beschwert, denn der Handel Amerikas fand ja reichlich Ersatz in um so größeren Lieferungen an unsere Feinde. Daß durch das gegen Amerika gerichtete Handelsverbot Englands das deutsche Volk mit Frauen und Kindern zum Hungern verurteilt wurde, beunruhigte das amerikanische Gewissen nicht weiter. Dieses erwachte erst, als die deutsche Regierung begann, die gleiche Waffe der Aushungerung gegen die Feinde anzuwenden, deren diese sich seit 2½ Jahren gegen uns bedienen. Legiens Telegramm erinnert an diese Tatsachen. Ob sein Appell an die amerikanische Arbeiterschaft Erfolg haben wird, muß man abwarten. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten ist anzunehmen, daß die Wilsonsche Politik in der amerikanischen Arbeiterschaft eine feste Stütze findet.

#### Tarifverhandlungen im Schneidergewerbe.

Im Schneidergewerbe haben Mitte Februar wichtige Tarifverhandlungen stattgefunden. Es kamen zwei gesonderte Verhandlungen in Betracht. An beiden nahmen auf Arbeitseite Vertreter des Schneider-Verbandes, der christlichen und der Hirsch-Dunderschen Organisation der Schneider teil. Auf Unternehmenseite handelt es sich aber um zwei verschiedene Organisationen. Für die Konfektionsindustrie ist der Arbeitgeberverband der Herren- und Knabenkleiderfabrikanten Deutschlands die maßgebende Organisation, während für die Maßschneiderei die Vertretung der Unternehmerinteressen in den Händen des Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe liegt.

Die Verhandlungen über die Herrenkonfektion wurden ohne Hinzuziehung von Unparteiischen am 12. und 13. Februar in Berlin geführt. Ihr Ergebnis war die Bewilligung einer Lohnerhöhung von 25 Prozent, die neben der durch Bundesratsverordnung zu zahlenden 10prozentigen Streckungszulage gewährt wird. Die ab 1. April 1917 zu zahlende Zulage beträgt also insgesamt 35 Prozent, und sie wird in dieser Höhe weitergezahlt, wenn die Verpflichtung zur Zahlung der Streckungszulage aufgehoben wird. Dagegen kommen die seither gezahlten Teuerungszulagen in Fortfall. Zur Schlichtung von Streitigkeiten, die örtlich nicht geregelt werden können, wurde die Einsetzung eines Schiedsgerichts vereinbart, das spätestens am 1. Juni in Kraft treten soll. Das Vertragsverhältnis soll bis ein Jahr nach dem allgemeinen Friedensschluß gelten und dann nach viermonatiger Kündigung lösbar sein. Für die Zukunft erhalten alle Verträge einen gleichen Ablaufstermin.

Für die Maßschneiderei wurde am 16. und 17. Februar in Nürnberg verhandelt. Die Leitung lag in den Händen der Unparteiischen Magistratsrat v. Schulz-Beck, Stadtrat Dr. Siller-Frankfurt a. M. und Gerichtsrat Sartorius-München. Der Letztere war an Stelle des verstorbenen Dr. Premer-München eingetreten, der bei früheren Verhandlungen mitgewirkt hatte. Am Schluß der Verhandlungen wurde der Einigungsantrag der Unparteiischen angenommen. Hiernach werden die Löhne einschließlich der Streckungszulage um 25 Prozent erhöht. Die tariflichen Löhne werden erhöht, und zwar die bis 38 Pf. um 5 Pf., die bis 41 Pf. um 3 Pf., bis 44 Pf. um 3 Pf., bis 47 Pf.

um 2 Pf. und die Löhne bis 50 Pf. um 1 Pf. Die Lohn-  
erhöhung tritt am 1. März in Kraft. In den Geschäften,  
welche der Streikungsverordnung nicht unterliegen, wird  
von diesem Tage ab der 25prozentige Zuschlag auf die Tag-  
und Wochenlöhne gezahlt. Alle Tarife werden unter diesen  
Voraussetzungen verlängert. Sie unterliegen einer drei-  
monatigen Kündigungsfrist. Die Absicht der Kündigung  
muß einen Monat zuvor der Gegenseite angesagt werden,  
worauf sofort die Verhandlungen über den Abschluß eines  
Reichstarifs in Angriff genommen werden.

**Heinrich Stühmer**, der Vorsitzende des Schneider-Ver-  
bandes, kann jetzt auf eine 25jährige Tätigkeit als Ange-  
stellter seiner Organisation zurückblicken. Im Februar 1892  
wurde er zum Redakteur des Verbandsorgans berufen. Er  
war der erste fachmännische Redakteur der „Fachzeitung  
für Schneider“, die vorher mit einer Reihe anderer Ge-  
werkschaftsblätter in dem bekannten Verlag von Jensen  
u. Co. in Hamburg hergestellt worden war. Im Jahre 1902  
wurde er zum Vorsitzenden des Verbandes gewählt, ein  
Amt, das er seit Beginn des Jahres 1903 bekleidet. Die  
„Fachzeitung für Schneider“, die den Jubilar feiert, sagt,  
daß sie das Jubiläum beinahe vergessen hätte. In der Tat  
ist die jetzige Zeit wenig dazu angetan, Feste zu feiern. Der  
Umstand, daß es Heinrich Stühmer vergönnt war, gerade  
jetzt an der Spitze seiner Kollegen, die mit ihm verhandelt  
haben, wertvolle Erfolge für seine Berufsgenossen heraus-  
zuholen, dürfte ihn für den Ausfall geräuschvoller Jubi-  
läumsfestlichkeiten entschädigen. Wir bringen dem wackeren  
Kämpfer zu seinem Jubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

**Literarisches.**

Das Fachblatt für Holzarbeiter bringt im Februarheft  
Arbeiten des Architekten Oskar Kaufmann. In einem  
Schlußartikel bespricht Theodor Wolff die Entwicklung der  
kunstgewerblichen Holzbearbeitung. Den Werdegang der  
Tische behandelt D. Winkelmüller, während R. Anger die  
Praxis der Werkstätte durch eine Arbeit über „Rundbogen-  
fenster mit innerem, geradem Sturz“ bereichert.

Verbandsmitglieder beziehen das monatlich erscheinende  
„Fachblatt für Holzarbeiter“ durch die Ortsverwaltungen

zum Preise von 1 Mk. pro Quartal. Durch die Post oder  
den Buchhandel bezogen kostet es vierteljährlich 1,20 Mk.  
Das Fachblatt erscheint im Verlage des Deutschen Holz-  
arbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

**Technik für alle** (Technische Monatshefte). Diese im Ver-  
lag der Französischen Verlagshandlung erscheinende Zeit-  
schrift kann jedem empfohlen werden, der sich für die Fort-  
schritte der Technik auf allen Gebieten interessiert. Die Tech-  
nischen Monatshefte behandeln die Bau- und Maschinen-  
technik, Bergbau, Kriegs-, Flug-, Schiffs- und Verkehrs-  
technik, Handel, Industrie und Weltwirtschaft. Die Aufsätze  
sind leichtverständlich geschrieben und bedingen zu ihrem  
Verständnis keine besonderen Vorkenntnisse. Die reichillu-  
strierten Technischen Monatshefte kosten vierteljährlich  
1,45 Mk.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler  
und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg.**  
(Kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit in Hamburg.)

Den Ortsverwaltungen zur Mitteilung, daß die Abrech-  
nungsformulare für alle vier Quartale dieses Jahres am  
21. Februar zur Post gegeben sind. Sollte in einigen Orten  
die Sendung nicht eingetroffen sein, ersuchen wir, solche bei  
uns nachzubestellen. Wegen zeitiger Ueberbürdung der Post  
wolle man damit aber einige Tage abwarten.

Gleichfalls ersuchen wir, bei Einsendungen der Abrech-  
nungen sich möglichst Briefe zu bedienen und keine Pakete  
zu machen. Bei der zurzeit herrschenden Postbeschränkung im  
Paketwesen erleiden die Sendungen sehr große Verspätun-  
gen, außerdem müssen die Pakete noch von uns von einer  
sehr weit entfernt liegenden Sammelstelle persönlich abge-  
holt werden. An Porto wird nur bei den ganz großen Ver-  
waltungsstellen gespart, dagegen kostet das Porto für zwei  
Briefe bis zu je 1/2 Pfund schwer auch nur 25 Pf., also zu-  
sammen 50 Pf. Hierbei wollen wir noch bemerken, daß es  
höchst unzulässig ist, die Abrechnungen in offenem Umschlag  
als „Geschäftspapiere“ zu versenden. Nur zu leicht gehen  
dabei Belege verloren. Weiter ersuchen wir, die Mitglieds-  
bücher von Verstorbenen der Krankenkasse nicht in der  
Zwischenzeit einzusenden, sondern, weil zur Abrechnung ge-

hörig, nur mit dieser und den übrigen Belegen zusammen  
einsenden zu wollen, damit alle zur Abrechnung gehörenden  
Belege zusammen und nicht verstreut sind. Nur für die  
Frauensterbe- und die Notstandskasse sind die Bücher bzw.  
Karten nebst Todesausweisen sofort an die Hauptkasse ein-  
zuliefern, weil von dieser für diese beiden Klassen alle Aus-  
gaben gemacht werden. Mit Eingang der Legitimationen  
für die beiden letzteren Klassen werden die Sterbegelder so-  
fort von der Hauptkasse versandt.

Der Vorstand.  
O. Blume, Vorsitzender.

**Invalidenfonds.**

Für denselben gingen ein in der Zeit vom 15. August  
1916 bis 15. Februar 1917: Altona 1 Mk., Altenburg  
40,40, Berlin A 135, Berlin B 136,20, Berlin C 130, Berlin E  
140, Berlin F 105, Berlin G 199,80, Berlin H 50, Berlin J  
100, Brandenburg 1, Breslau 37,15, Brüg 10, Cannstatt 3,  
Chemnitz 3,70, Köln I 0,25, Darmstadt 14, Dobrig 8,10,  
Dortmund II 5, Deuß 15, Dresden A 50, Dresden N 13, Es-  
lingen 5,66, Finthen 1,20, Frankfurt I 70, Frankfurt II 20,25,  
Frankfurt III 16,55, Friedrichsfelde 15, Fürth 70, Gais-  
burg 0,65, Gießen 12,50, Halbach 3, Hamburg II 4, Ham-  
burg III 7,60, Hamburg V 4,50, Hermsdorf 10, Iversgehofen  
10,30, Ralf 45, Karlsruhe 70, Leipzig I 10, Lippoldshausen 5,  
Lößtau 12, Lorich 20, Luckenwalde 6,50, Mariendorf 15,  
Mannheim 10, Meissen 16,80, Mülheim a. Rh. 20,15, Mühl-  
burg 20, München I 30, München II 50, München III 30,  
Neu-Isenburg 13, Neufölln 155, Nürnberg 35, Offen-  
bach I 47,95, Pirna 15, Pflungstadt 25, Poll 10, Pot-  
schappel 17, Schweinau 1, Schwenningen 4, Schöneberg  
30, Singen 1,20, Stettin 5, Stuttgart 10, Weimar 3,20  
Mk. Kassenbestand am 15. August 1916 6789,39 Mk.  
Summa 8931,10 Mk. Ausgezahlt wurden im gleichen Zeit-  
raum: In 1 Fall 4,80 Mk., in 2 Fällen je 7,15, in 2 Fällen  
je 7,50, in 23 Fällen je 10, in 50 Fällen je 15, in 48 Fällen  
je 20, in 72 Fällen je 25, in 1 Fall 30 Mk. Porto 3,04 Mk.  
Summa 3807,14 Mk. Demnach Kassenbestand am 15. Fe-  
bruar 1917 5123,96 Mk.

Allen Gebern besten Dank. Weitere Gaben nimmt dankend  
entgegen  
H. Suck, Hauptkassierer.

**Gestorbene Mitglieder.**

- Wilhelm Jakobasch, Maschinen-  
arbeiter, 49 Jahre, gest. in Berlin.
- Wilhelm Altmeyer, Tischler, 46 J.,  
gest. in Berlin.
- Ferdinand Rudow, Verblutter-  
arbeiter, 68 Jahre, gest. in Berlin.
- Oswald Lorenz, Tischler, 63 Jahre,  
gest. in Magdeburg.
- Wilh. Rubsamen, Tischler, 72 Jahre,  
gest. in Magdeburg.
- Andr. Bilke, Tischler, 55 Jahre,  
gest. in Magdeburg.
- Herm. Dehne, Tischler, 69 Jahre,  
gest. in Magdeburg.
- Adolf Leder, gest. in Herischdorf.
- Anton Leers, gest. in Köln.
- Karl Renner, gest. in Niederfedlig.
- Aug. Sübner, Maschinenarbeiter, 58 J.,  
gest. in Niederfedlig.
- Jul. Köpfer, 55 Jahre, gest. in  
Helmstedt.
- Maria Lorenz, Bleistiftarbeiterin,  
31 Jahre, gest. in Nürnberg.
- Georg Fleischmann, Pinselmacher,  
58 Jahre, gest. in Nürnberg.
- Wilh. Bach, Schreiner, 63 Jahre,  
gest. in Mannheim.
- Otto Lindenbahn, Tischler, 43 J.,  
gest. in Leipzig.
- Herm. Beyer, Klaviermacher, 44 J.,  
gest. in Leipzig.
- Rich. Kessler, Klaviermacher, 61 J.,  
gest. in Leipzig.
- Franz Stöbe, Maschinenarbeiter, 26 J.,  
gest. in Leipzig.
- Theodor Seyfert, Tischler, 66 J.,  
gest. in Leipzig.
- Max Hochstein, Tischler, 73 Jahre,  
gest. in Hasberg b. Zeitz.
- Bruno Schneider, Holzarbeiter,  
23 Jahre, gest. in Hasberg b. Zeitz.
- Emil Zehle, Tischler, 44 Jahre,  
gest. in Zeitz.
- Ernst Kerpert, Stuhlpolierer, 69 J.,  
gest. in Lauterberg.

Ehre ihrem Andenken.

2 bis 3 tüchtige Tischlergesellen für Bau-  
und bessere Möbelarbeiten für dauernde Be-  
schäftigung sofort gesucht. Hoher Lohn, freie  
Kost und Logis.  
Erich Boche, Baruth (Mark).

Wir suchen für unsere Abteilung Sägewerk  
und Fräseerei einen energischen Mann als

**Borarbeiter.**

Derselbe muß mit der Behandlung der in  
Frage kommenden Holzbearbeitungsmaschinen  
vollständig vertraut sein, Reparaturen leichterer  
Art selbständig ausführen können. Offerten  
mit Gehaltsansprüchen erbeten an  
Dettinger Bürsten- u. Pinselabrik G.m.b.H.,  
Dettingen a. M.

Für unsere

**Seereslieferungen**

suchen wir für sofort auf dauernd tüchtige

**Tischler.**

**Niederländische Möbelfabrik,  
Münder a. Deister.**

**Holzdrechsler**

für Seereslieferung gegen gute Bezahlung  
sofort gesucht.  
Reich, Goldmann & Co., Offenbach a. M.

**Stuhlbauer** auf gute Stühle, Sessel  
und Garnituren sowie  
Polierer auf gute Arbeit für dauernde Be-  
schäftigung bei gutem Verdienst gesucht.  
Kürth & Bieber, Geringswalde i. Sa.

**Korbmacher**

auf 98er Rumpfe gesucht. Lohn 2,60 Mk.  
und Kriegszulage.  
Hansjüdt, Spandau, Charlottenstr. 10.

**Korbmacher**

auf runde 66er Geschoß-  
körbe gesucht

Gebr. Wolff, Bernburg

**1 Korbmacher**

auf Mattarbeit gesucht. 20% Teuerungszulage.  
A. Thiemer, Schöningen, Braunschweig.

**20 Korbmacher**

auf 10-cm-Patronenkörbe bei Lohnstarif I  
werden sofort eingestellt.  
Ab. Schmitz jun., Korbwarenfabrik,  
Sangerhütte.

**10-15 Korbmacher**

auf alle Sorten Körbe gesucht. Lohnklasse I  
und Teuerungszulage.  
Angersbach, Berlin NO., Friedenstr. 41.

**50 Korbmacher**

auf alle Sorten Geschoßkörbe stellt sofort ein  
**Georg Wicht,**  
Rohrwarenfabrik, Eisleben.

**Tüchtige  
Korbmacher**

für 98er ganz aus Weide sucht  
**Theodor Reimann,**  
Dresden-N., Königstr. 3.

**20 Korbmacher**

und Arbeiterinnen auf 66er, 98er und Feld-  
patronenkörbe sucht  
**G. Kühne, Berlin SO. 16,**  
Köpenicker Straße 98 B.

**Drei tüchtige  
Korbmacher**

auf Grünschlagen und Mattarbeit stelle  
sofort ein. Lohn 3/4-Konservekörbe 0,70 Mk.  
Fritz Kammrath, Korbmachermstr., Osterburg.

**Korbmacher** auf 98er Munitions-  
körbe von Weide sucht  
Hermann Kühn, Kößsichenbroda.

**Korbmacher**

auf Weidenmöbel bei gutem Material, hohem  
Lohn, sowie Korbmacher auf grüne und weiße  
Arbeit. Verheiratete erhalten Gartenland frei.  
Reinhold Hoffmann, Korbmachermeister,  
Unruhstadt (Rosen).

**Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.**

Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 17. Februar, bis Freitag, 23. Februar 1917.

A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen.  
C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Bau- tischler			Möbel- tischler			Maschinen- arbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen			Insgesamt		
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C
Berlin	31	31	32	20	41	33	30	13	29	3	5	105	10	99	217	30	235				
Bremen	3	4	7	1	3	3								1	1	14	1	8			
Breslau	2	1	2	8	2	2			1					2	9	2	7	20	4		
Celle																					
Chemnitz	1	3	1	8		4			1										2	16	
Chemnitz				5																16	5
Essen																					
Hamburg																					
Hannover						2	6							15						17	6
Hersfeld																					
Leipzig	2	2	4	10	43	6	6	13	4	8		1		4					22	71	10
Lübeck	1	2	2	22		1	3		1	1										5	29
Zusammen	40	9	39	56	113	49	43	22	33	19	10	29	3	1	5	123	23	118	284	178	273
Dor. Woche	39	5	33	69	102	48	29	24	32	7	5	31	3	1	5	102	13	131	240	155	280

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.

Mehrere militärfreie  
**Tischler**  
sowie  
**1 Fräser**  
sofort für dauernd gesucht.  
Richard Elze, Hübener & Co.,  
G. m. b. H., Dessau.

Gelernter  
**Tischler als Zuschneider,**  
für Seereslieferungen, später für vor-  
nehmliche Herren- und Damenkleider, in dauernde  
Beschäftigung gesucht.  
**Niederländische Möbelfabrik**  
Münder a. Deister.